

Op de voordracht van de Minister tot wier bevoegdheid de hulpverlening aan de jeugd behoort;
Na beraadslaging van de Regering van de Franse Gemeenschap van 25 mei 2007,

Besluit :

Artikel 1. In artikel 11, 1^o, van het besluit van de Regering van de Franse Gemeenschap van 15 mei 1999 betreffende de bijzondere voorwaarden voor de erkenning van en de toekenning van toelagen aan de diensten voor plaatsing in gezinnen, worden de woorden "of opvoeders" toegevoegd na de woorden "twee maatschappelijke assistenten".

Art. 2. De Minister tot wier bevoegdheid de hulpverlening aan de jeugd behoort, is belast met de uitvoering van dit besluit.

Art. 3. Dit besluit treedt in werking de dag waarop het in het *Belgisch Staatsblad* wordt bekendgemaakt.
Brussel, 25 mei 2007.

Vanwege de Regering van de Franse Gemeenschap :

De Minister van Kinderwelzijn, Hulpverlening aan de Jeugd en Gezondheid,
Mevr. C. FONCK

DEUTSCHSPRACHIGE GEMEINSCHAFT COMMUNAUTE GERMANOPHONE — DUITSTALIGE GEMEENSCHAP

MINISTERIUM DER DEUTSCHSPRACHIGEN GEMEINSCHAFT

D. 2007 — 2999

[C — 2007/33046]

7. MAI 2007 — Dekret über die Förderung der Museen sowie der Veröffentlichungen im Bereich des Kulturerbes (1)

Das Parlament der Deutschsprachigen Gemeinschaft hat das Folgende angenommen und wir, Regierung, sanktionieren es:

KAPITEL I — *Allgemeine Bestimmungen* Anwendungsbereich

Artikel 1 - Im Rahmen der zu diesem Zweck verfügbaren Haushaltsmittel und nach Maßgabe dieses Dekretes kann die Regierung Zuschüsse für die im Bereich der Museumsarbeit und des Kulturerbes tätigen Personen und Vereinigungen gewähren.

Begriffsbestimmungen

Art. 2 - Für die Anwendung dieses Dekretes versteht man unter

1. Kulturerbe : das Kulturerbe im Sinne von Artikel 1 des Übereinkommens zum Schutz des Kultur- und Naturerbes der Welt vom 21. Oktober 1972 und das immaterielle Kulturerbe im Sinne von Artikel 2 der Konvention zum Schutz des immateriellen Kulturerbes vom 17. Oktober 2003;
2. Ministerium : das Ministerium der Deutschsprachigen Gemeinschaft;
3. Museumsarbeit : die Erfüllung der musealen Basisfunktionen Sammeln, Bewahren, Forschen und Vermitteln;
4. Regierung : die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft.

Gleichheit der Geschlechter

Art. 3 - In diesem Dekret verwendete Personenbezeichnungen gelten für beide Geschlechter.

KAPITEL II — *Anerkennung und bezuschussung der Museen*

Abschnitt 1 — Anerkennung Anerkennungsbedingungen

Art. 4 - Die Regierung entscheidet über die Anerkennung eines Museums.

Um als Museum anerkannt zu werden, erstellt der Antragsteller ein Museumskonzept. Dieses umfasst eine Beschreibung der Einrichtung, der Zielsetzungen und der Arbeitsweise.

Um anerkannt zu werden und zu bleiben, muss das Museum folgende Anerkennungsbedingungen erfüllen:

1. eine gemeinnützige, ständige, der Öffentlichkeit zugängliche, keine Gewinnerzielungsabsichten verfolgende Einrichtung im Dienst der Gesellschaft und ihrer Entwicklung sein, die zu Studien-, Bildungs- und Unterhaltungszwecken materielle Zeugnisse von Menschen und ihrer Umwelt beschafft, bewahrt, erforscht, bekannt macht und ausstellt. Einrichtungen wie Verkaufsausstellungen, wissenschaftliche Zentren, Planetarien, zoologische oder botanische Gärten, Naturdenkmäler oder Besucherzentren kommen nicht in Betracht;
2. über eine museumswerte Sammlung kulturellen Erbes verfügen;
3. von einer Vereinigung ohne Gewinnerzielungsabsicht, einer Stiftung oder einer juristischen Person des öffentlichen Rechts, deren Sitz sich im deutschen Sprachgebiet befindet und deren hauptsächliche Aktivitäten dort durchgeführt werden, eingerichtet oder getragen werden;
4. mindestens seit dem 1. Januar des Kalenderjahres, das dem Jahr der Antragstellung vorangeht, bestehen und eine regelmäßige Tätigkeit ausüben;
5. ausreichende Garantien für den reibungslosen Ablauf in Bezug auf die Zugänglichkeit, die Infrastruktur und die Personal- und finanziellen Mittel bieten;
6. gemäß Artikel 8 eingestuft sein;

7. alle zwei Jahre einen Tätigkeitsbericht und jährlich Finanzunterlagen vorlegen.

Beantragung der Anerkennung

Art. 5 - Der Antrag auf Anerkennung ist bei der Regierung einzureichen. Er umfasst sämtliche Unterlagen und Auskünfte, die nach diesem Dekret und den Ausführungserlassen der Regierung erforderlich sind.

Gemeinden

Art. 6 - Die Anträge auf Anerkennung werden von der Regierung dem Gemeindegremium der Gemeinde, in der sich der Sitz des Antragstellers befindet, zur Begutachtung übermittelt.

Erteilt die Gemeinde kein Gutachten innerhalb der im Ausführungserlass festgesetzten Frist, wird das Anerkennungsverfahren ohne Verzögerung fortgesetzt.

Kontrolle

Art. 7 - Der Antragsteller ermöglicht die für die Anwendung des Dekrets notwendigen Kontrollen durch die Regierung, insbesondere gewährt er Einblick in seine Buchhaltung.

Die Regierung bezeichnet die mit diesen Kontrollen beauftragten Personen.

Einstufung

Art. 8 - § 1 - Einrichtungen, die die in Artikel 4 genannten Anerkennungsbedingungen erfüllen, werden in eine von drei Kategorien eingestuft.

§ 2 - Die Einstufung beruht auf folgenden Grundsatzkriterien:

1. die Bedeutung des Kulturerbes;
2. die kulturelle und gesellschaftliche Verantwortung, die das Museum übernimmt;
3. die Qualität der geleisteten Museumsarbeit;
4. die Qualität der Geschäftsführung und
5. die räumliche Reichweite.

Genauer legt die Regierung fest.

§ 3 - Die Einstufung wird von einer Fachjury vorgenommen, die sich aus zwei Experten und einem Personalmitglied des Ministeriums der Deutschsprachigen Gemeinschaft zusammensetzt.

Die Anerkennung erfolgt nach abgeschlossener Einstufung.

Das Verfahren der Einstufung und die Einspruchsmöglichkeiten legt die Regierung fest.

Dauer der Anerkennung

Art. 9 - Die Anerkennung gilt für sechs Jahre.

Entzug der Anerkennung

Art. 10 - Die Anerkennung wird entzogen, wenn den in Artikel 4 genannten Bedingungen nicht mehr entsprochen wird.

Der Entzug der Anerkennung erfolgt erst, nachdem die Regierung der betreffenden Vereinigung die Möglichkeit zur Stellungnahme gegeben hat.

Der Aberkennungsbescheid wird der betreffenden Vereinigung schriftlich mitgeteilt.

Bezeichnung

Art. 11 - Nur gemäß diesem Dekret anerkannte Einrichtungen dürfen die Bezeichnungen «von der Deutschsprachigen Gemeinschaft anerkanntes Museum» verwenden.

Die Regierung legt ein Logo für die anerkannten Einrichtungen fest.

Abschnitt 2 — Zuschüsse

Unterabschnitt 1 — Gemeinsame Bestimmungen

Koeffizient

Art. 12 - Zur Anpassung an die verfügbaren Haushaltsmittel und an die Entwicklung des Verbraucherindexes kann der Betrag der Zuschüsse mit einem Koeffizienten multipliziert werden.

Rückforderung

Art. 13 - Die Regierung kann den Zuschuss zurückfordern, wenn er zweckentfremdet wurde, wenn die Anerkennungsbedingungen nicht erfüllt sind oder die in Artikel 7 vorgesehene Kontrolle beeinträchtigt oder verhindert wird.

Die Regierung fordert einen für das laufende Jahr ausgezahlten Zuschuss proportional zurück, wenn das Museum im Laufe dieses Jahres aufgelöst wird oder seine Aktivitäten einstellt.

Die Rückforderung des Zuschusses erfolgt erst, nachdem die Regierung der betreffenden Vereinigung die Möglichkeit zur Stellungnahme gegeben hat. Diese Bestimmung gilt nicht, wenn die Vereinigung ihre Aktivitäten eingestellt hat.

Unterabschnitt 2 — Pauschale Zuschüsse

Pauschale Zuschüsse

Art. 14 - § 1 - Wird eine Einrichtung als Museum anerkannt, erhält sie jährlich einen pauschalen Grundzuschuss.

Museen der Kategorie 1 erhalten 25.000 EUR.

Museen der Kategorie 2 erhalten 15.000 EUR.

Museen der Kategorie 3 erhalten 10.000 EUR.

§ 2 - Einem anerkannten Museum kann eine jährliche modulare Zusatzpauschale für die Museumsarbeit gewährt werden.

Die Gewährung der Zusatzpauschale und deren Höhe werden in einer Vereinbarung geregelt, die die Regierung mit dem Museum abschließt und die für die Dauer der Anerkennung gilt. Die Vereinbarung berücksichtigt insbesondere die Entwicklung des Museums und den qualifizierten Personaleinsatz.

Im Falle der Gewährung gilt als Berechnungsgrundlage für die Höhe der Zusatzpauschale der Bedarf an qualifiziertem Personal, wobei für ein Vollzeitäquivalent technisches Museumspersonal ein Betrag von 20.000 EUR und für ein Vollzeitäquivalent höher qualifiziertes Museumspersonal ein Betrag von 30.000 EUR als Richtwerte dienen.

Näheres legt die Regierung fest.

Unterabschnitt 3 — Zuschuss für besondere Projekte

Grundsatz

Art. 15 - Zusätzlich zum pauschalen Grundzuschuss kann anerkannten Museen ein Zuschuss für besondere Projekte gewährt werden.

KAPITEL III — Veröffentlichungen im Bereich des Kulturerbes

Zuschuss für Veröffentlichungen

Art. 16 - Antragsberechtigt für Zuschüsse für Veröffentlichungen im Bereich des Kulturerbes sind:

1. gemäß diesem Dekret als Museum anerkannte Einrichtungen;
2. juristische und natürliche Personen.

Die Antragsteller haben die folgenden Kriterien zu erfüllen:

1. die Veröffentlichungen müssen einen inhaltlichen Bezug zum Kulturerbe in der Deutschsprachigen Gemeinschaft besitzen;
2. die Veröffentlichungen müssen eine regionale und gegebenenfalls eine grenzüberschreitende Tragweite haben;
3. die Veröffentlichungen müssen inhaltliche, sprachliche, methodische und förmliche Qualitätsmerkmale aufweisen;
4. nachweisen, dass sie ausreichende Publikumsausrichtung und Vertrieb ins Auge fassen;
5. eine solide finanzielle Ausgangslage und Geschäftsführung für die Abwicklung der Veröffentlichung gewährleisten.

Folgende Veröffentlichungen kommen jedoch für einen solchen Zuschuss nicht in Betracht:

1. Veröffentlichungen, die auf Grundlage eines anderen Dekretes der Deutschsprachigen Gemeinschaft bezuschusst werden können;
2. regelmäßige Veröffentlichungen von gemäß diesem Dekret anerkannten Museen.

Näheres legt die Regierung fest.

KAPITEL IV — Schlussbestimmungen

Übergangsbestimmungen

Art. 17 - Die auf Grundlage des vorliegenden Dekrets auszuzahlenden Zuschüsse ersetzen alle Leistungen, die den Zuschussempfängern auf Grundlage des Erlasses mit Verordnungscharakter vom 29. März 1982 zwecks Festlegung der Bestimmungen über die Bewilligung von Subventionen zugunsten von Museen, die nicht dem Staat unterstehen und des Dekrets vom 23. März 1992 zur Gewährung von Zuschüssen zu den Personalkosten der anerkannten Museen, kreativen Ateliers, Vereinigungen für Volks- und Erwachsenenbildung sowie Jugendorganisationen, Jugendzentren und Jugenddiensten zustehen.

Den Vereinigungen, die bis zum 31. März 2008 einen Antrag auf Anerkennung als Museum in Anwendung des vorliegenden Dekrets gestellt haben, werden die Zuschüsse für das Kalenderjahr 2008 aufgrund von Artikel 2 des Erlasses mit Verordnungscharakter vom 29. März 1982 zwecks Festlegung der Bestimmungen über die Bewilligung von Subventionen zugunsten von Museen, die nicht dem Staat unterstehen, und dem Dekret vom 23. März 1992 zur Gewährung von Zuschüssen zu den Personalkosten der anerkannten Museen, kreativen Ateliers, Vereinigungen für Volks- und Erwachsenenbildung sowie Jugendorganisationen, Jugendzentren und Jugenddiensten gewährt. Es werden für die einjährige Übergangsphase die Zuschussbeträge des Jahres 2007 gewährt.

Aufhebungsbestimmungen

Art. 18 - Sind aufgehoben:

1. der Erlass mit Verordnungscharakter vom 29. März 1982 zwecks Festlegung der Bestimmungen über die Bewilligung von Subventionen zugunsten von Museen, die nicht dem Staat unterstehen;

2. Artikel 6 des Dekrets vom 23. März 1992 zur Gewährung von Zuschüssen zu den Personalkosten der anerkannten Museen, kreativen Ateliers, Vereinigungen für Volks- und Erwachsenenbildung sowie Jugendorganisationen, Jugendzentren und Jugenddiensten.

Abänderungsbestimmung

Art. 19 - In der Überschrift und in Artikel 1 des Dekrets vom 23. März 1992 zur Gewährung von Zuschüssen zu den Personalkosten der anerkannten Museen, kreativen Ateliers, Vereinigungen für Volks- und Erwachsenenbildung sowie Jugendorganisationen, Jugendzentren und Jugenddiensten wird das Wort «Museen» ersatzlos gestrichen.

In Artikel 4 desselben Dekretes wird die Wortfolge «der anerkannten Museen beziehungsweise» durch «der» ersetzt.

Art. 20 - In-Kraft-Treten.

Dieses Dekret tritt am 1. Januar 2008 in Kraft.

Vom Parlament der Deutschsprachigen Gemeinschaft angenommen.

Eupen, den 7. Mai 2007.

Stephan Thomas,
Generalsekretär.

Louis Siquet,
Präsident.

Wir fertigen das vorliegende Dekret aus und ordnen an, dass es durch das Belgische Staatsblatt veröffentlicht wird.

Gegeben zu Eupen, den 7. Mai 2007.

Der Ministerpräsident der Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft,
Minister für lokale Behörden,
K.-H. LAMBERTZ

Der Vize-Ministerpräsident der Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft,
Minister für Ausbildung und Beschäftigung Soziales und Tourismus,
B. GENTGES

Der Minister für Unterricht und wissenschaftliche Forschung,
O. PAASCH

Der Ministerin für Kultur und Medien, Denkmalschutz, Jugend und Sport,
I. WEYKMANS

Notes

(1) *Sitzungsperiode 2006-2007.*

Dokumente des Parlamentes: 87 (2006-2007) Nr. 1 Dekretvorschlag

87 (2006-2007) Nrn. 2-4 Abänderungsvorschläge

87 (2006-2007) Nr. 5 Bericht

87 (2006-2007) Nrn. 6-7 Abänderungsvorschläge zu dem vom Ausschuss angenommenen Text

Ausführlicher Bericht: Diskussion und Abstimmung - Sitzung vom 7. Mai 2007.

TRADUCTION

MINISTERE DE LA COMMUNAUTE GERMANOPHONE

F. 2007 — 2999

[C - 2007/33046]

**7 MAI 2007. — Décret relatif à la promotion des musées et des publications
dans le domaine du patrimoine culturel (1)**

Le Parlement de la Communauté germanophone a adopté et Nous, Gouvernement, sanctionnons ce qui suit :

CHAPITRE I^{er}. — *Dispositions générales*

Champ d'application

Article 1^{er}. Dans les limites des crédits budgétaires disponibles à cette fin et conformément au présent décret, le Gouvernement peut accorder des subsides aux personnes et associations actives dans les domaines du travail muséal et du patrimoine culturel.

Définitions

Art. 2. Pour l'application du présent décret, l'on entend par :

1° patrimoine culturel : le patrimoine culturel au sens de l'article 1^{er} de la Convention du 21 octobre 1972 concernant la protection du patrimoine mondial culturel et naturel et le patrimoine culturel immatériel au sens de l'article 2 de la Convention du 17 octobre 2003 pour la sauvegarde du patrimoine culturel immatériel;

2° Ministère : le Ministère de la Communauté germanophone;

3° travail muséal : l'exercice des fonctions muséales de base que sont la collecte, la conservation, la recherche et la transmission;

4° Gouvernement : le Gouvernement de la Communauté germanophone.

Egalité des sexes

Art. 3. Dans le présent décret, les qualifications valent pour les deux sexes.

CHAPITRE II. — *Agrément et subventionnement des musées*

Section 1^{er}. — Agrément

Conditions d'agrément

Art. 4. Le Gouvernement décide de l'agrément d'un musée.

Pour être agréé comme musée, le demandeur établit un concept muséal comprenant une description de l'institution, de ses objectifs et de son fonctionnement.

Pour être et rester agréé en tant que tel, le musée doit remplir les conditions d'agrément suivantes :

1° être une institution d'utilité publique, permanente, ouverte au public, sans but lucratif, au service de la société et de son développement, et qui acquiert des témoins matériels de l'homme et de son environnement, les conserve, les étudie, les rend publics et les expose à des fins d'études, d'éducation et de divertissement. Des institutions comme les expositions vente, centres scientifiques, planétariums, jardins zoologiques ou botaniques, monuments naturels ou centres de visiteurs n'entrent pas en considération.

2° disposer d'une collection de patrimoine culturel digne d'un musée;

3° être institué par ou avoir comme pouvoir organisateur une association sans but lucratif, une fondation ou une personne morale de droit public dont le siège est situé en région de langue allemande où elle effectue ses activités principales;

4° exister depuis au moins le 1^{er} janvier de l'année civile qui précède l'année de la demande et exercer une activité régulière;

5° offrir des garanties suffisantes de bon fonctionnement quant à l'accessibilité, l'infrastructure, au personnel et aux moyens financiers;

6° être classé conformément à l'article 8;

7° présenter tous les deux ans un rapport d'activités et chaque année des documents financiers.

Demande d'agrément

Art. 5. La demande d'agrément doit être introduite auprès du Gouvernement. Elle comprend l'ensemble des documents et renseignements indispensables au Gouvernement conformément au présent décret ou à ses arrêtés d'exécution.

Communes

Art. 6. Les demandes d'agrément sont transmises par le Gouvernement au collège communal de la commune dans laquelle se trouve le siège du demandeur, pour avis.

À défaut d'avis de la commune dans le délai fixé par l'arrêté d'exécution, la procédure d'agrément est immédiatement poursuivie.

Contrôle

Art. 7. Le demandeur concède au Gouvernement le droit de procéder aux contrôles nécessaires à l'application du décret et lui accorde notamment un droit de regard sur sa comptabilité.

Le Gouvernement désigne les personnes chargées de ces contrôles.

Classement

Art. 8. § 1^{er}. Les institutions qui remplissent les conditions d'agrément énoncées à l'article 4 sont classées dans une des trois catégories existantes.

§ 2. Le classement se fonde sur les critères de base suivants :

1° l'intérêt du patrimoine culturel;

2° la responsabilité culturelle et sociale qu'assume le musée;

3° la qualité du travail muséal;

4° la qualité de la gestion et

5° la portée géographique.

Les autres modalités sont fixées par le Gouvernement.

§ 3. Le classement est effectué par un jury spécialisé composé de deux experts et d'un membre du personnel du Ministère de la Communauté germanophone.

L'agrément intervient une fois le classement opéré.

La procédure de classement et les possibilités de recours sont déterminées par le Gouvernement.

Durée de l'agrément

Art. 9. L'agrément est valable six ans.

Retrait de l'agrément

Art. 10. L'agrément est retiré lorsque les conditions énoncées à l'article 4 ne sont plus satisfaites.

L'agrément n'est retiré qu'après que le Gouvernement a donné à l'association la possibilité d'émettre son avis.

La décision de retrait est communiquée par écrit à l'association concernée.

Désignation

Art. 11. Seules les institutions agréées conformément au présent décret peuvent utiliser l'appellation «musée agréé par la Communauté germanophone».

Le Gouvernement crée un logo pour les institutions agréées.

Section 2. — Subsidés

Sous-section 1^{re}. — Dispositions communes

Coefficient

Art. 12. Le montant des subsidés peut être multiplié par un coefficient en vue de son adaptation aux crédits budgétaires disponibles et à l'évolution de l'indice des prix à la consommation.

Récupération

Art. 13. Le Gouvernement peut récupérer un subside lorsqu'il a été utilisé à d'autres fins, lorsque les conditions d'agrément ne sont pas remplies ou lorsque les contrôles prévus à l'article 7 sont entravés ou empêchés.

Le Gouvernement récupère à due concurrence un subside liquidé pour l'année en cours lorsque le musée est dissout ou cesse ses activités pendant l'année concernée.

Le subside n'est récupéré qu'après que le Gouvernement a donné à l'association concernée la possibilité d'émettre son avis. Cette disposition ne vaut pas lorsque l'association a cessé ses activités.

Sous-section 2. — Subsidés forfaitaires

Subsidés forfaitaires

Art. 14. § 1^{er}. Une institution agréée comme musée reçoit annuellement un subside forfaitaire de base.

Les musées de la catégorie 1 reçoivent 25.000 EUR;

Les musées de la catégorie 2 reçoivent 15.000 EUR;

Les musées de la catégorie 3 reçoivent 10.000 EUR.

§ 2. Un musée agréé peut de plus recevoir annuellement un forfait variable pour le travail muséal.

L'octroi et le montant du forfait variable accordé pour le travail muséal sont réglés dans une convention conclue entre le Gouvernement et le musée agréé et valable pour le terme de l'agrément. La convention tient notamment compte de l'évolution du musée et de l'emploi de personnel qualifié.

En cas d'octroi, le besoin en personnel qualifié sert de base pour calculer le forfait supplémentaire; un équivalent temps plein est évalué à la base à 20.000 EUR en ce qui concerne le personnel technique du musée et à 30.000 EUR pour ce qui concerne le personnel plus qualifié.

Les autres modalités sont fixées par le Gouvernement.

Sous-section 3. — Subside pour des projets spécifiques

Principe

Art. 15. Outre le subside de base forfaitaire, les musées agréés peuvent se voir accorder un subside pour des projets spécifiques.

CHAPITRE III. — Publications dans le domaine du patrimoine culturel

Subside accordé pour les publications

Art. 16. Peuvent introduire une demande de subsidés pour des publications dans le domaine du patrimoine culturel :

1° des institutions agréées comme musées conformément au présent décret;

2° des personnes morales et physiques.

Les demandeurs doivent remplir les critères suivants :

1° le contenu de leurs publications doit se référer au patrimoine culturel en Communauté germanophone;

2° leurs publications doivent avoir une portée régionale et, le cas échéant, transfrontalière;

3° leurs publications doivent posséder des caractéristiques de qualité quant au contenu, à la langue, la méthode et la forme;

4° prouver qu'ils visent un public suffisamment ciblé et la vente;

5° garantir une assise financière et une gestion commerciale solides pour assurer la publication.

Ne sont toutefois pas admissibles à de tels subsides les publications suivantes :

1° les publications pouvant être subsidiées en vertu d'un autre décret de la Communauté germanophone;

2° les publications régulières de musées agréés conformément au présent décret.

Les autres modalités sont fixées par le Gouvernement.

CHAPITRE IV. — *Dispositions finales*

Dispositions transitoires

Art. 17. Les subsides à liquider sur la base du présent décret remplacent toutes les prestations revenant aux bénéficiaires en vertu de l'arrêté réglementaire du 29 mars 1982 réglementant l'octroi de subventions aux musées ne relevant pas de l'Etat et du décret du 23 mars 1992 accordant des subventions destinées aux frais de personnel encourus par les musées reconnus, les ateliers créatifs reconnus, les organisations régionales reconnues pour l'éducation populaire et la formation des adultes ainsi que par les organisations de jeunesse, centres de jeunesse et services pour jeunes reconnus.

Les associations qui, d'ici le 31 mars 2008, auront introduit une demande d'agrément comme musée en application du présent décret recevront, pour l'année civile 2008, les subsides accordés en vertu de l'arrêté réglementaire du 29 mars 1982 réglementant l'octroi de subventions aux musées ne relevant pas de l'Etat et du décret du 23 mars 1992 accordant des subventions destinées aux frais de personnel encourus par les musées reconnus, les ateliers créatifs reconnus, les organisations régionales reconnues pour l'éducation populaire et la formation des adultes ainsi que par les organisations de jeunesse, centres de jeunesse et services pour jeunes reconnus. Pour cette phase transitoire d'un an, ce sont les subsides de l'année 2007 qui seront accordés.

Dispositions abrogatoires

Art. 18. Sont abrogés :

1° l'arrêté réglementaire du 29 mars 1982 réglementant l'octroi de subventions aux musées ne relevant pas de l'Etat;

2° l'article 6 du décret du 23 mars 1992 accordant des subventions destinées aux frais de personnel encourus par les musées reconnus, les ateliers créatifs reconnus, les organisations régionales reconnues pour l'éducation populaire et la formation des adultes ainsi que par les organisations de jeunesse, centres de jeunesse et services pour jeunes reconnus.

Disposition modificative

Art. 19. Dans l'intitulé du décret du 23 mars 1992 accordant des subventions destinées aux frais de personnel encourus par les musées reconnus, les ateliers créatifs reconnus, les organisations régionales reconnues pour l'éducation populaire et la formation des adultes ainsi que par les organisations de jeunesse, centres de jeunesse et services pour jeunes reconnus, le passage «les musées reconnus,» est supprimé sans être remplacé.

Dans l'article 1^{er}, alinéa 1^{er}, du même décret, le passage «aux musées reconnus,» est supprimé sans être remplacé.

Dans l'article 4 du même décret, le passage «, les musées ou» est remplacé par les mots «et les».

Entrée en vigueur

Art. 20. Le présent décret entre en vigueur le 1^{er} janvier 2008.

Adopté par le parlement de la Communauté germanophone.

Eupen, le 7 mai 2007.

S. Thomas,

Greffier.

L. Siquet,

Président.

Promulguons le présent décret et ordonnons qu'il soit publié au *Moniteur belge*.

Donné à Eupen, le 7 mai 2007.

Le Ministre-Président du Gouvernement de la Communauté germanophone,
Ministre des Pouvoirs locaux,
K.-H. LAMBERTZ

Le Vice-Ministre-Président du Gouvernement de la Communauté germanophone,
Ministre de la Formation et de l'Emploi, des Affaires sociales et du Tourisme,
B. GENTGES

Le Ministre de l'Enseignement et de la Recherche scientifique,
O. PAASCH

La Ministre de la Culture et des Médias, de la Protection des Monuments, de la Jeunesse et des Sports,
Mme I. WEYKMANS

Notes

(1) *Session 2006-2007.*

Documents parlementaires : 87 (2006-2007) N° 1 Proposition de décret

87 (2006-2007) N°s 2-4 Propositions d'amendement.

87 (2006-2007) N° 5 Rapport.

87 (2006-2007) N°s 6-7 Propositions d'amendement au texte adopté par la commission.

Compte rendu intégral : Discussion et vote - Séance du 7 mai 2007.

VERTALING

MINISTERIE VAN DE DUITSTALIGE GEMEENSCHAP

N. 2007 — 2999

[C — 2007/33046]

7 MEI 2007. — Decreet over de bevordering van de musea en van de cultureel-erfgoedpublicaties (1)

Het Parlement van de Duitstalige Gemeenschap heeft aangenomen en Wij, Regering, bekrachtigen hetgeen volgt :

HOOFDSTUK I. — *Algemene bepalingen*

Toepassingsgebied

Artikel 1. In het kader van de te dien einde beschikbare begrotingsmiddelen en overeenkomstig dit decreet kan de Regering subsidies toekennen voor de personen en verenigingen die werkzaam zijn op het gebied van het museumwerk en van het cultureel erfgoed.

Definities

Art. 2. Voor de toepassing van dit decreet verstaat men onder :

1° cultureel erfgoed : het cultureel erfgoed in de zin van artikel 1 van de Conventie ter Bescherming van het Wereld Cultureel en Natuurlijk Erfgoed van 21 oktober 1972 en het onroerend cultureel erfgoed in de zin van artikel 2 van de Conventie van 17 oktober 2003 betreffende de bescherming van het immaterieel cultureel erfgoed;

2° Ministerie : het Ministerie van de Duitstalige Gemeenschap;

3° museumwerk : het vervullen van de museale basisfuncties, nl. verzamelen, bewaren, onderzoeken en ontsluiten;

4° Regering : de Regering van de Duitstalige Gemeenschap.

Gelijkheid van de geslachten

Art. 3. In dit decreet gelden de hoedanigheden voor beide geslachten.

HOOFDSTUK II. — *Erkenning en subsidiëring van de musea**Afdeling 1. — Erkenning*

Erkenningsvoorwaarden

Art. 4. De Regering beslist over de erkenning van een museum.

Om als museum erkend te worden, legt de aanvrager een museumconcept vast dat een beschrijving van de inrichting, de doelstellingen en werkwijze ervan bevat.

Om erkend te worden en te blijven, moet het museum aan de volgende erkenningsvoorwaarden voldoen :

1° een permanente instelling van openbaar nut en zonder winstgevend doel zijn die ten dienste van de gemeenschap en haar ontwikkeling staat, voor het publiek toegankelijk is en de materiële getuigenissen van de mens en zijn omgeving verwerft, bewaart, beheert, onderzoekt, bekendmaakt en tentoonstelt ten behoeve van studie, educatie en vrijetijdsbesteding; instellingen zoals verkooptentoonstellingen, wetenschappelijke centra, planetariums, dieren- of plantentuinen, natuurlijke monumenten of bezoekerscentra komen niet in aanmerking;

2° over een museumwaardige collectie cultureel erfgoed beschikken;

3° opgericht of beheerd worden door een vereniging zonder winstoogmerk, een stichting of een publiekrechtelijke rechtspersoon met zetel in het Duitse taalgebied waar haar hoofdactiviteiten plaatsvinden;

4° ten minste sinds 1 januari van het kalenderjaar vóór het jaar van de aanvraag bestaan en regelmatige activiteiten uitoefenen;

5° voldoende garanties geven voor een goede werking qua toegankelijkheid, infrastructuur en personeels- en financiële middelen;

6° overeenkomstig artikel 8 ingedeeld zijn;

7° om de twee jaar een activiteitenverslag en jaarlijks financiële bescheiden voorleggen.

Aanvraag om erkenning

Art. 5. De aanvraag om erkenning moet bij de Regering ingediend worden. Ze omvat alle documenten en inlichtingen die overeenkomstig dit decreet en de uitvoeringsbesluiten ervan voor de Regering noodzakelijk zijn.

Gemeenten

Art. 6. De aanvragen om erkenning worden door de Regering aan het gemeentecollege van de gemeente waar de aanvrager gevestigd is, ter advies toegestuurd.

Geeft de gemeente geen advies uit binnen de in het uitvoeringsbesluit vastgelegde termijn, wordt de erkenningsprocedure onmiddellijk voortgezet.

Controle

Art. 7. De aanvrager laat de Regering het recht toe de controles uit te voeren die voor de toepassing van het decreet noodzakelijk zijn en geeft haar in het bijzonder inzage in zijn boekhouding.

De Regering wijst de personen aan die met deze controles belast zijn.

Indeling

Art. 8. § 1. Inrichtingen die aan de in artikel 4 vermelde erkenningsvoorwaarden voldoen, worden in één der drie bestaande categorieën ingedeeld.

§ 2. De indeling berust op volgende basiscriteria :

1° het belang van het cultureel erfgoed;

2° de culturele en maatschappelijke verantwoordelijkheid die door het museum wordt opgenomen;

3° de kwaliteit van het museumwerk;

4° de kwaliteit van het beheer;

5° de geografische draagwijdte.

De nadere modaliteiten worden door de Regering vastgelegd.

§ 3. De indeling wordt door een vakjury doorgevoerd, bestaande uit twee deskundigen en één personeelslid van het Ministerie van de Duitstalige Gemeenschap.

De erkenning geschiedt na de indeling.

De indelingsprocedure en de beroepsmogelijkheden worden door de Regering vastgelegd.

Duur van de erkenning

Art. 9. De erkenning geldt voor zes jaar.

Intrekking van de erkenning

Art. 10. De erkenning wordt ingetrokken, indien er aan de in artikel 4 vermelde voorwaarden niet meer wordt voldaan.

De erkenning wordt pas ingetrokken, als de Regering de betrokken vereniging de mogelijkheid heeft gegeven haar mening uit te drukken.

De intrekkingbeslissing wordt de betrokken vereniging schriftelijk medegedeeld.

Aanwijzing

Art. 11. Slechts inrichtingen erkend overeenkomstig dit decreet mogen de naam «door de Duitstalige Gemeenschap erkend museum» gebruiken.

De Regering legt een logo voor de erkende inrichtingen vast.

Afdeling 2. — Subsidies

Onderafdeling 1. — Gemeenschappelijke bepalingen

Coëfficiënt

Art. 12. Met het oog op zijn aanpassing aan de beschikbare begrotingsmiddelen en aan de ontwikkeling der consumptieprijzen kan het bedrag van de subsidies met een coëfficiënt vermenigvuldigd worden.

Terugvordering

Art. 13. De Regering kan een subsidie terugvorderen, indien deze tot andere doeleinden werd gebruikt, aan de erkenningsvoorwaarden niet meer wordt voldaan of indien de in artikel 7 bepaalde controles belemmerd of gehinderd worden.

Indien het museum in de loop van het jaar ontbonden wordt of zijn activiteiten stopzet, kan de Regering een voor het lopende jaar uitbetaald subsidie proportioneel terugvorderen.

De subsidie wordt pas teruggevorderd, als de Regering de betrokken vereniging de mogelijkheid heeft gegeven haar mening uit te drukken. Deze bepaling geldt niet als de vereniging haar activiteiten heeft stopgezet.

Onderafdeling 2. — Forfaitaire subsidies

Forfaitaire subsidies

Art. 14. § 1. Een als museum erkende inrichting verkrijgt jaarlijks een forfaitaire basissubsidie.

Musea van categorie 1 verkrijgen 25.000 EUR.

Musea van categorie 2 verkrijgen 15.000 EUR.

Musea van categorie 3 verkrijgen 10.000 EUR.

§ 2. Een erkend museum kan bovendien jaarlijks een variabel forfait voor het museumwerk verkrijgen.

De toekenning en het bedrag van dit variabel forfait voor museumwerk worden geregeld door een conventie tussen de Regering en het museum die voor de erkenningsduur geldt. Deze conventie houdt in het bijzonder rekening met de ontwikkeling van het museum en met de aanstelling van gekwalificeerd personeel.

Bij toekenning dient de behoefte aan gekwalificeerd personeel als basis om het aanvullend forfait te berekenen; een voltijds equivalent wordt op een basisbedrag van 20.000 EUR geschat, wat het technisch museum personeel betreft, en op 30.000 EUR, wat het hoger gekwalificeerd personeel betreft.

De nadere modaliteiten worden door de Regering vastgelegd.

Onderafdeling 3. — Subsidie voor specifieke projecten

Principe

Art. 15. Naast de forfaitaire basissubsidie kunnen de erkende musea's een subsidie voor specifieke projecten verkrijgen.

HOOFDSTUK III. — *Cultureel-erfgoedpublicaties*

Subsidie toegekend voor publicaties

Art. 16. Mogen een aanvraag om subsidies voor cultureel-erfgoedpublicaties indienen :

1° de overeenkomstig dit decreet als museum erkende inrichtingen;

2° de natuurlijke en rechtspersonen.

De aanvragers moeten aan de volgende criteria voldoen :

1° hun publicaties moeten een inhoudelijke relevantie hebben voor het cultureel erfgoed in de Duitstalige Gemeenschap;

2° hun publicaties moeten een regionale en desgevallend grensoverschrijdende draagwijdte hebben;

3° hun publicaties moeten een degelijke kwaliteit bieden qua inhoud, taal, methode en vormgeving;

4° bewijzen dat ze voldoende publiekgerichtheid en distributie beogen;

5° een gedegen financiële onderbouw en zakelijk beheer met het oog op de publicatie waarborgen.

De volgende publicaties komen echter niet in aanmerking voor een zulke subsidie :

1° de publicaties die op grond van een ander decreet van de Duitstalige Gemeenschap gesubsidieerd kunnen worden;

2° de regelmatige publicaties van overeenkomstig dit decreet erkende musea.

De Regering legt de andere modaliteiten vast.

HOOFDSTUK IV. — *Slotbepalingen*

Overgangsbepalingen

Art. 17. De op grond van dit decreet uit te betalen subsidies vervangen alle prestaties die de ontvangers van de subsidies toekomen op grond van het reglementair besluit van 29 maart 1982 tot reglementering van de toekenning van toelagen aan de musea welke niet van de Staat afhangen en van het decreet van 23 maart 1992 houdende toekenning van toelagen voor de personeelskosten van de erkende musea, creatieve ateliers, gewestelijke organisaties voor volksopleiding en vormingswerk voor volwassenen alsook van de erkende jeugdorganisaties, jeugdcentra en jeugddiensten.

De verenigingen die tot 31 maart 2008 een aanvraag om erkenning als museum met toepassing van dit decreet zullen hebben ingediend, zullen voor het kalenderjaar 2008 de subsidies verkrijgen die toegekend worden op grond van artikel 2 van het reglementair besluit van 29 maart 1982 tot reglementering van de toekenning van toelagen aan de musea welke niet van de Staat afhangen en van het decreet van 23 maart 1992 houdende toekenning van toelagen voor de personeelskosten van de erkende musea, creatieve ateliers, gewestelijke organisaties voor volksopleiding en vormingswerk voor volwassenen alsook van de erkende jeugdorganisaties, jeugdcentra en jeugddiensten. Voor deze éénjarige overgangsfase zullen de subsidies van het jaar 2007 worden toegekend.

Opheffingsbepalingen

Art. 18. Worden opgeheven :

1° het reglementair besluit van 29 maart 1982 tot reglementering van de toekenning van toelagen aan de musea welke niet van de Staat afhangen;

2° artikel 6 van het decreet van 23 maart 1992 houdende toekenning van toelagen voor de personeelskosten van de erkende musea, creatieve ateliers, gewestelijke organisaties voor volksopleiding en vormingswerk voor volwassenen alsook van de erkende jeugdorganisaties, jeugdcentra en jeugddiensten.

Wijzigingsbepaling

Art. 19. In het opschrift en in artikel 1, lid 1, van het decreet van 23 maart 1992 houdende toekenning van toelagen voor de personeelskosten van de erkende musea, creatieve ateliers, gewestelijke organisaties voor volksopleiding en vormingswerk voor volwassenen alsook van de erkende jeugdorganisaties, jeugdcentra en jeugddiensten wordt de passus «musea,» geschrapt zonder vervangen te worden.

In artikel 4 van hetzelfde decreet wordt de passus «, de erkende musea of creatieve ateliers» vervangen door «en de erkende creatieve ateliers».

Inwerkingtreding

Art. 20. Dit decreet treedt in werking op 1 januari 2008.

Door het parlement van de Duitstalige Gemeenschap aangenomen.

Eupen, 7 mei 2007.

S. Thomas,
Griffier.

L. Siquet,
Voorzitter.

Wij kondigen dit decreet af en bevelen dat het door het *Belgisch Staatsblad* bekendgemaakt wordt.
Gegeven te Eupen op 7 mei 2007.

De Minister-President van de Regering van de Duitstalige Gemeenschap,
Minister van Lokale Besturen,
K.-H. LAMBERTZ

De Vice-Minister-President van de Regering van de Duitstalige Gemeenschap,
Minister van Vorming en Werkgelegenheid, Sociale Aangelegenheden en Toerisme,
B. GENTGES

De Minister van Onderwijs en Wetenschappelijk Onderzoek,
O. PAASCH

De Minister van Cultuur en Media, Monumentenzorg, Jeugd en Sport,
I. WEYKMANS

—
Nota's

(1) *Zitting 2006-2007.*

Parlementaire stukken : 87 (2006-2007) Nr 1 Ontwerp van decreet.

87 (2006-2007) Nrs 2-4 Voorstellen tot wijziging.

87 (2006-2007) Nr 5 Verslag.

87 (2006-2007) Nrs 6-7 Voorstellen tot wijziging van de door de commissie aangenomen tekst.

Integraal verslag : Bespreking en aanneming - Zitting van 7 mei 2007.

MINISTERIUM DER DEUTSCHSPRACHIGEN GEMEINSCHAFT

D. 2007 — 3000

[C - 2007/33047]

5. APRIL 2007 — Erlass der Regierung zur Anerkennung von Ausbildungen gemäß Artikel 2 des Gesetzes vom 29. Juni 1983 über die Schulpflicht

Die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft,

Auf Grund des Gesetzes vom 29. Juni 1983 über die Schulpflicht, insbesondere des Artikels 2;

Auf Grund des Dekretes vom 16. Dezember 1991 über die Aus- und Weiterbildung im Mittelstand und in kleinen und mittleren Unternehmen, so wie es abgeändert wurde;

Auf Grund des Erlasses der Exekutive vom 16. März 1992 zur Einsetzung einer Kommission in Anwendung von Artikel 2 des Gesetzes vom 29. Juni 1983 über die Schulpflicht;

Auf Grund des Erlasses der Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft vom 7. September 2000 zur Ernennung der Mitglieder der gemäß Artikel 2 des Gesetzes vom 29. Juni 1983 über die Schulpflicht einzusetzenden Kommission;

In Erwägung der günstigen Gutachten vom 14. Februar 2007 und 7. März 2007 der durch Erlass der Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft vom 6. März 2007 eingesetzten Kommission;

Auf Vorschlag des Ministers zuständig für den Unterricht;

Nach Beratung,

Beschließt:

Artikel 1 - Folgende Ausbildungsprogramme, die vom Institut für Aus- und Weiterbildung im Mittelstand und in kleinen und mittleren Unternehmen für Lehrlinge angeboten werden, erfüllen die Bedingungen der Teilzeitschulpflicht gemäß Artikel 2 des Gesetzes vom 29. Juni 1983 über die Schulpflicht:

— KFZ-Mechatroniker/in (G02/2006);

— Speditionskaufmann/frau (X11/2001).

Art. 2 - Vorliegender Erlass tritt am Tag seiner Verabschiedung in Kraft.

Art. 3 - Der Minister für Unterricht und wissenschaftliche Forschung ist mit der Durchführung des vorliegenden Erlasses beauftragt.

Eupen, den 5. April 2007.

Für die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft :

Der Ministerpräsident, Minister für lokale Behörden,
K.-H. LAMBERTZ

Der Minister für Unterricht und wissenschaftliche Forschung,
O. PAASCH